



Rülke und Kern: Mehr Evidenzbasierung in der Bildung – Erkenntnis von Kretschmann kommt reichlich spät

Bildungspolitische Fehlentscheidungen der Vergangenheit müssen eingestanden und die entsprechenden Maßnahmen korrigiert werden.

Zur heutigen Regierungspressekonferenz sagt der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**:

„Kretschmann kam gestern wohl zur Erkenntnis, dass man Bildungsvorhaben erst dann umsetzen sollte, wenn man um deren Wirkung weiß. Ich beglückwünsche ihn zu dieser – wohlgemerkt reichlich späten – Erkenntnis, erinnere ihn aber gerne daran, dass er und seine Landesregierung diese Weisheit seit 2011 gekonnt ausgeblendet haben. Ein ideologisches Bildungsprojekt nach dem anderen führten dazu, was die Bildungsqualität in unserem heute ist: nicht einmal mehr Mittelmaß, sondern schwer abstiegsgefährdet.“

Hierzu ergänzt der bildungspolitische Sprecher FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Es ist wenig glaubwürdig, dass der Ministerpräsident und die Kultusministerin jetzt vorgeben, nach dem gestrigen Kabinettsabend endlich Bescheid zu wissen und der Wissenschaftlichkeit im Bildungsbereich mehr Bedeutung zuzusprechen. Wer hat seit über elf Jahren die bildungspolitischen Zügel in der Hand? Ich halte diese vermeintlich plötzliche Erkenntnis für Augenwischerei, denn, wenn man wirklich evidenzbasierte Bildungspolitik wollen würde, hätte man diese schon längst umgesetzt.“

Seit Jahren wird von Verbänden, Expertinnen und Experten und nicht zuletzt von uns Freien Demokraten genau das gefordert: weniger Ideologie und mehr Wissenschaftlichkeit in der Bildungspolitik. Und nun soll diese Erkenntnis bei der Landesregierung nach einem Kabinettsabend durchgedrungen sein? Statt warmer Worte braucht es vor allem eine echte Trendwende in der Bildungspolitik. Die Probleme an den Schulen in unserem Land müssen umfassend und wissenschaftlich angegangen werden. Dazu gehört auch, dass man sich die eigenen politischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit eingesteht und die



entsprechenden Maßnahmen korrigiert. Hierzu gehören unter anderem die Wiedereinführung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung sowie die erneute Stärkung des leistungsdifferenzierten und vielfältigen Schulsystems in Baden-Württemberg.“